

„Zurück zur 40-Stunden-Woche“

Jugendliche sollten besser Müll sammeln als sich festzukleben, Arbeitsunwillige härter sanktioniert werden, findet Astrid Hamker, die Präsidentin des CDU-Wirtschaftsrats. Zur Schuldenbremse steht sie „wie eine deutsche Eiche“.

Frau Hamker, Sie halten Ihren Wirtschaftstag in turbulenten Zeiten ab. In der Europawahl haben rechte Parteien abgeräumt, die AfD könnte auch in den ost-deutschen Landtagen Erfolge feiern. Ist der Rechtsruck ein Standortrisiko?

Das Erstarken der Rechtspopulisten beobachten wir mit Sorge in ganz Europa. Natürlich kann der Rechtsruck Fachkräfte und Investoren abschrecken, aber wir können damit nicht unsere allgemeine Standortschwäche entschuldigen. Deutschland ist wegen der hohen Steuern und Abgaben so unattraktiv, wegen der enormen Energiekosten, wegen der Bürokratie und der langsamen Genehmigungen. Wir müssen insgesamt attraktiver werden und sollten die Defizite nicht auf die Rechtspopulisten beschränken.

Was ist zu tun?

Unserer Ansicht nach müssen die europäische und die deutsche Politik die Reset-Taste drücken. Wir brauchen eine völlig neue Ausrichtung der Politik. Die bisherige Europäische Kommission war eine regulatorische Kommission, die nächste muss wachstumsorientiert sein. Wir haben in der EU nur noch 1,2 Prozent Wirtschaftswachstum, in Amerika sind es doppelt so viel, in China viermal so viel. Der europäische Anteil am Welthandel ist von 20 auf 14 Prozent gesunken, 300 Milliarden Euro fließen jedes Jahr an Investitionen aus Europa ab. Gleichzeitig feiert die Regulierungswut Urstände: 73 Prozent der Familienbetriebe müssen jemanden einstellen, um die bürokratischen Pflichten zu erfüllen. Ich als Unternehmerin würde lieber jemandem Arbeit geben, der produktiv oder innovativ ist, nicht zum Schreiben von Berichten, die niemand liest.

Die alte und vermutlich neue EU-Kommission führt Ursula von der Leyen aus Ihrer CDU an. Ist sie schuld?

Wir sind nicht Teil der CDU, sondern ein ordnungspolitischer Verband. Frau von der Leyen kann in ihrer Position auch nicht deutsche Interessen vertreten, und sie ist nicht für alles verantwortlich. Nehmen wir das absurde Verbrennerverbot, das fiel in die Verantwortung von Klimaschutzkommissar Frans Timmermans. Der Autobau ist eine deutsche Schlüsselindustrie, an der eine Million Arbeitsplätze hängen. Und dann höre ich aus der Kommission, Baden-Würt-

temberg brauche halt einen Strukturwandel weg vom Auto. Teilweise ist sich Brüssel über die Konsequenzen der aberwitzigen Entscheidungen gar nicht im Klaren.

Trotzdem hat Frau von der Leyen den Green Deal vehement vorangetrieben.

Da muss sie in der neuen Kommission für eine neue Handschrift, für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum sorgen. Auch wir sind für den Klimaschutz, aber er muss technologieoffen erfolgen. Zu Recht fordern die CDU und deren europäische Parteienfamilie, die EVP, das Verbrennerverbot rückgängig zu machen.

Die Union ist eine Meisterin in energiepolitischen Kehrtwenden.

Wenn Sie den Atomausstieg meinen, den die Union jetzt zu korrigieren versucht, das war ein schwerer Fehler. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat uns da ins Abseits gefahren. Außerdem ist der Ausstieg ja Augenwischerei: Wir importieren heute munter Kernkraft aus Frankreich und Tschechien aus Anlagen, die sicher nicht unseren Standards entsprechen. Wenn wir über die billigen Gasimporte aus Russland zu Merkels Zeiten reden: Davon hat die Industrie stark profitiert. Aber das hat zu Clusterrisiken geführt. Deshalb war auch das ein Fehler. Die Amerikaner haben immer vor den Abhängigkeiten gewarnt, sie hatten recht. Mit China laufen wir gerade in das nächste Desaster hinein, mit den

Der Rat

Mit viel Prominenz hält der Wirtschaftsrat der CDU seinen Wirtschaftstag in Berlin ab. Erwartet werden die Minister für Finanzen, Wirtschaft, Verkehr, Justiz, Forschung und Verteidigung sowie führende Köpfe von Fraktionen, Parteien, Konzernen, Verbänden. Anders als die Mittelstands- und Wirtschaftsunion ist der 1963 zur Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft gegründete Rat nicht Teil der CDU. Er hat 12.000 Mitglieder. Lobbycontrol kritisierte 2022 eine „fragwürdigen Verflechtung von Parteiarbeit und Lobbyinteressen“.

Batterien zum Beispiel, mit den Vorprodukten für Windenergie und Photovoltaik, die zu 90 Prozent von dort kommen.

Die Chinesen laden auch ihre Überkapazitäten bei uns ab.

Sie werden viele Güter in Amerika nicht mehr los und überschwemmen deshalb die europäischen Märkte mit subventionierten Produkten zu Kampfpreisen. Dagegen müssen wir uns wehren, aber bitte nicht mit Sonderzöllen auf Elektrofahrzeuge oder dergleichen. Protektionismus können wir uns als starke Exportnation nicht leisten. Im Gegenteil, wir brauchen mehr Offenheit und vor allem mehr Freihandel. Auch das hat die Kommission liegen lassen. Sie ist eigentlich dafür zuständig, aber die Abkommen sind überfrachtet mit Dingen, in die sich dann die Einzelstaaten einmischen. Das Schlimmste ist, dass die EU kein Transatlantisches Abkommen hinbekommen hat, Europa hätte die Zeit von US-Präsident Joe Biden besser nutzen sollen.

Welche Reformen brauchen wir daheim?

Ein Bekenntnis zum Wachstum, zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, des BIP. Stattdessen spricht der Wirtschaftsminister Robert Habeck von den Grünen allen Ernstes von einem „Glücks-BIP“ und von „Degrowth“, also von einer Verringerung von Produktion und Konsum. Dabei ist Wachstum die Voraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität. Um das zu er-

Die Präsidentin

Die Unternehmerin Astrid Hamker, 1966 in Osnabrück geboren, ist Präsidentin des CDU-Wirtschaftsrats. Sie stammt aus der Unternehmerfamilie Piepenbrock. Die 1913 gegründete Gruppe ist in vierter Generation mit fast 27.000 Mitarbeitern auf Gebäudedienstleistungen spezialisiert. Hamker sitzt dort im Beirat. Die Mutter zweier erwachsener Kinder studierte an der Hochschule Sankt Gallen Betriebswirtschaft. Zwar gehört der Wirtschaftsrat nicht zur CDU, trotzdem sitzt Hamker als „ständiger Gast“ im Bundesvorstand.

reichen, müssen wir die Unternehmen und die Leistungsträger entlasten. Familienväter und Mütter gehen von montags bis freitags arbeiten und halten unsere Volkswirtschaft am Laufen. Trotzdem funktioniert das Aufstiegsversprechen von Ludwig Erhard nicht mehr, des früheren CDU-Kanzlers und Begründers der Sozialen Marktwirtschaft. Die Leute verdienen nicht zu wenig, aber der Staat und die Sozialversicherungen nehmen ihnen zu viel weg. Es ist doch eine Schande, dass sich viele Mittelstandsfamilien kein Wohneigentum leisten können.

Wie lässt sich gegensteuern?

Zum Beispiel, indem man Überstunden von der Steuer befreit. Wer mehr leistet, soll auch mehr im Portemonnaie haben. Wenn Rentner arbeiten, sollte man auch das von der Steuer befreien. Das würde gegen den Fachkräftemangel helfen. Apropos Rentner: Aus unserer Sicht muss man das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung knüpfen, damit die Altersvorsorge weiter funktioniert. Generell muss man über mehr Arbeit nachdenken. Statt der 35-Stunden-Woche wäre die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche sinnvoll. Die hat der sächsische CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer vorgeschlagen, in Griechenland wird sie gerade wieder eingeführt.

Die Rente könnte man mit mehr Steuerfinanzierung retten.

Wie viel denn noch? In die Rente fließen schon 100 Milliarden Euro Steuergeld im Jahr. Das ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir im Haushalt ein Ausgabenproblem haben, kein Einnahmenproblem. Wie jede Familie, wie jedes Unternehmen muss der Staat sparen, wenn das Geld knapp ist. Das ist auch der Grund, warum wir als erster Verband schon 2008 die Schuldenbremse gefordert haben. Dazu stehen wir bis heute wie eine deutsche Eiche. Die Sozialausgaben betragen inzwischen 48 Prozent vom Bundeshaushalt. Das ist viel zu viel und überhaupt nicht einzusehen in Zeiten, in denen praktisch Vollbeschäftigung herrscht.

Es gibt viele Bürgergeldempfänger.

Da läuft etwas fundamental schief. Von den 5,5 Millionen Bürgergeldempfängern sind 3,9 Millionen im arbeitsfähigen Alter. Das sind ja nicht alles alleinerziehende



Astrid Hamker

Foto Jens Gyarmaty

Mütter, die meisten könnten arbeiten, wenn sie müssten. Gleichzeitig machen Geschäfte und Restaurants zu, weil sie keine Leute finden. Wir reden hier nicht über hohe Qualifikationsansprüche, in meinem Familienunternehmen für Gebäudedienstleistungen suchen wir auch Leute für einfache Tätigkeiten. Nichts zu tun, obwohl genug zu tun ist, ist auch ungerecht den Leistungsträgern gegenüber. Wenn deren Gerechtigkeitsgefühl angeknackst wird, besteht die Gefahr, dass sie sich Populisten anschließen. Wir sollten mehr Sanktionsmöglichkeiten nutzen: Wer sich nicht bemüht, Arbeit zu finden, sollte keine Unterstützung bekommen.

Sind die Löhne zu gering? Die SPD fordert einen Mindestlohn von 15 Euro.

Das ist Wahlkampfgeklingel und völliger Irrsinn. Mich wundert, dass die Chefin des Deutschen Gewerkschaftsbunds, Yasmin Fahimi, ihrer Partei nicht aufs Dach steigt: Das Festsetzen des Mindestlohns ist Aufgabe der Tarifpartner und nicht der Politik.

Wie sicher ist die Sozialversicherung?

Man muss den Leuten reinen Wein einschenken, dass sie privat versorgen müssen, nicht nur in der Rente, auch in der Kranken- und Pflegeversicherung. Mich wundert, dass die junge Generation sich das gefallen lässt.

Rentenklimate statt Klimakleber?

Wer sich für Nachhaltigkeit in der Klimapolitik einsetzt, muss sich auch für Nachhaltigkeit in den Staatsfinanzen und Sozialsystemen einsetzen. Statt auf die Straße zu gehen, sollten die jungen Leute lieber eine Ausbildung machen oder an die Unis gehen. Da können sie dann klimafreundliche Produkte und Verfahren entwickeln oder herstellen. Oder sie sollten im Wald Müll einsammeln. Das wäre ein echter Beitrag zum Umweltschutz. Statt zu demonstrieren und sich festzukleben, wäre es gut, wenn die Jugend sich mehr um ihre Bildung kümmert.

Das Gespräch führte **Christian Geinitz**.